

Politikberatung - wirklich notwendig?

Unter dem Begriff „Politikberatung“ finden sich eine Vielzahl von Stimmen, Meinungen, Interessen und Akteuren. Grundsätzlich umfasst er, wie man sich schon denken kann, die gesamte politische Beratungstätigkeit – das reicht von den Expertisen von Wissenschaftlern bis hin zu denen der Lobbyisten – und dementsprechend komplex ist das Ganze auch zu bewerten.



Um den Komplex der Politikberatung vollständig zu behandeln, fehlt es hier schlicht an Platz und Zeit, weshalb sich dieser Artikel auf die externe Beratung durch einzelne Firmen oder Beschäftigte konzentriert. Die Rede ist von sogenannten Consulting-Unternehmen: Und diese finden allerhand Zuspriecher: von Privatpersonen über Firmen bis hin zu ganzen Ministerien. In den meisten Fällen geht das In-Auftrag-Nehmen dieser Consulting-Unternehmen niemanden etwas an, als diese selbst und die Auftraggeber. Im Fall der Ministerien sollte das aber anders sein, schließlich müssen die Berater, welche mit ihrem Auftrag ein gutes Maß an Macht und Einfluss gewinnen, unparteiisch handeln. Etwas provokant formuliert, könnte zu ihren Aufgaben immerhin das Beeinflussen von Ministern, Beamten und all denjenigen gehören, die an der Gestaltung der Politik und dem Verantworten von staatlichen Angelegenheiten beteiligt sind. Sie tragen eine Menge Verantwortung, haben für ihre eigentlich nicht politische Position eine Menge Einfluss.

Doch wo und in welcher Zahl werden diese externen Berater denn in der Politik eingesetzt? Eine konkrete Zahl der Beschäftigten vorzulegen ist an dieser Stelle schwierig. Das Bundesministerium würde dem Bundestag zwar über Art und Umfang berichten, die Verwaltung würde die Berichte aber unter Verschluss halten, so Staatsrechtler Bernd Hartmann (Professor an der Universität Osnabrück) in einem Artikel des SPIEGEL. Aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Matthias Höhn geht hervor, dass die Bundesregierung in den Jahren 2017 bis 2021 mehr als eine Milliarde Euro für die Beschäftigung externer Berater ausgegeben hat. Vor allem das Bundesministerium (BM) des Innern, Bau und Heimat (196,9 Mio Euro) sowie das BM für Verkehr und digitale Infrastruktur (196,9 Mio Euro) und das BM der Finanzen (121,7 Mio Euro) stechen mit besonders hohen Ausgaben heraus.

Aber momentmal; wenn die Neutralität dieser Berater so wichtig ist, wer wird dann überhaupt angeworben und wer entscheidet über die Vergabe solcher Posten? Es gibt verschiedene Arten von Hilfskräften, die der Bund einstellt: laut Angaben des SPIEGEL kommen die Angeworbenen vor allem von der Deutschen Bank, der Lufthansa, dem Bundesverband der Deutschen Industrie sowie den Firmen BASF, Daimler, Siemens und SAP. Diese werbe man teilweise ab, teilweise kehren sie nach ihrer Laufbahn in der Politik wieder zurück in ihre ursprüngliche Unternehmen. In einigen Fällen werden sie sogar während sie im Ministerium tätig sind weiterhin von ihren ursprünglichen Arbeitgebern bezahlt. Und damit tut sich die Frage auf, inwiefern es den geliebten Experten möglich ist, nicht

die Interessen ihres eigentlichen Arbeitgebers zu vertreten. Um zu verhindern, dass sie zu viel an Einfluss gewinnen, ist in einer Verwaltungsvorschrift festgeschrieben, dass der Einsatz im Regelfall nicht länger als sechs Monate dauern sollte. Bernd Hartmann zufolge überschritten in den vergangenen Jahren jedoch über 80 Prozent der Angeworbenen diese Dauer.

Zwei weitere Kritikpunkte: Erstens ist oft schwer einzuschätzen, inwiefern die Consulting-Unternehmen wirklich notwendig sind und ob sie nicht zu hoch entlohnt werden. Fest steht, dass es sich zumindest für die Seite der Angeworbenen um ein profitables Geschäft handelt. Obwohl sie nicht einmal ein halbes Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland ausmachen, ist ihr Beitrag zur Wirtschaft mit rund 44 Milliarden Euro pro Jahr relativ hoch. Auch seien sie, nach Angaben des SPIEGEL, so begehrt wie noch nie zuvor. Und das trotz einiger prominenter Fehlschläge.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, so schreibt Deutschlandfunk Kultur, dass Politikberatung immer weniger zur eigentlichen Entscheidung und immer öfter zur Rechtfertigung bereits gefallener Entschlüsse genutzt wird. Damit bekommt das eigentliche Mittel zum Zweck eine ganze neue Bedeutung, mehr die Rolle eines Alibis – und die Politiker müssten weniger Verantwortung tragen.

Jeremias Ruff

